

AKTUELL

STUDIENBEIHILFEN

Anzeige gegen unbekannt

Pia Oppel

Das Gesetzesprojekt zur Reform der Studienbeihilfen durchläuft den Instanzenweg derzeit im Eiltempo - anscheinend ist niemand in der Lage, die sozialen Folgen genau abzuschätzen.

Hochschulminister François Biltgen (CSV) sähe das neue Gesetz gerne schon zum Start des akademischen Jahrs 2010/2011 in Kraft treten. Dabei hatte er das Reformprojekt der Presse erst am 8. Juni vorgestellt: Anstelle von Kindergeld, Kinderbonus und nach dem Einkommen der Eltern berechneten Studienhilfen sollen die Studierenden in Zukunft jährlich 13.000 Euro vom Staat erhalten können - je zur Hälfte als Stipendium und als Darlehen. Zusätzlich werden ihnen bis zu 3.700 Euro für Studiengebühren rückerstattet.

Schon am 29. Juni kam der Avis vom Staatsrat, und eine Woche später schloss die Chamberkommission ihre Arbeit am Text des Gesetzesprojekts ab. Während der letzten Parlaments-sitzungen vor der Sommerpause, voraussichtlich am 13. oder 14. Juli, könnte das Gesetz dann also schon verabschiedet werden.

Das geht vielen zu schnell. In der Tat würde man gerne wissen, wie die neue Regelung sich auf das Budget für Studienbeihilfen sowie auf die finanzielle Lage der Studenten und ihrer Familien auswirken wird. Dem Gesetzesprojekt liegt jedoch keine „fiche financière“ bei - ein Formfehler, den der Staatsrat bemängelte, weil er Abgeordnete wie soziale Akteure im Zahlendunkel tapfen lässt. Diese versuchen sich in der Eile Abhilfe zu verschaffen und rechnen selber nach: Schätzungen der Salariaatskammer zufolge würden einkommensschwache Familien mit mehreren Kindern benachteiligt. Die Schüler- und Studentenorganisation UNEL kommt in einer Stellungnahme vom 7. Juli zum gleichen Schluss. Für zu niedrig hält sie auch die im zweiten Entwurf des Gesetzes vorgesehene Härtefall-lösung, die einen jährlichen Aufschlag von 1.000 Euro als Ausgleich der zu erwartenden Einbußen vorsieht. Die jetzige Fassung des Texts, nach der Studenten „in einer schweren und außergewöhnlichen Situation“ als Härtefall gelten, sei zudem unklar, so UNEL-Präsident Nico Fehlen. Er ist

der Meinung, dass damit „komische Spezialfälle geschaffen und jene Studierende diskriminiert werden, die außerhalb der normalen Prozedur um mehr Geld betteln müssen.“ Die UNEL fordert daher, dass ein zusätzliches, sozial gestaffeltes Stipendium offizieller Teil der neuen Studienbeihilfen wird - berechnet nach der finanziellen Situation der Studierenden und den Lebensunterhaltungskosten an ihrem Studienort.

Prinzipiell begrüßt die UNEL jedoch das neue Studienbeihilfensystem, entspricht diese Art von „Studentenlohn“ doch ihrer langjährigen Forderung nach mehr finanzieller Unabhängigkeit der Studierenden vom Elternhaus - sei dieses reich oder arm. Etwas in Verlegenheit bringt die UNEL allerdings die Tatsache, dass der Staat sich mit dieser Verbesserung von den Grenzgängerfamilien entsolidarisiert - denn diese erhalten nun für ihre Kinder ab 18 Jahren auch kein Kindergeld mehr. Für diesen Teil der Reform bedarf es keiner Rechnungen, um seine soziale Folgen abzuschätzen, denn das Geld wird ersatzlos. OGBL und LCGB äußerten in einem gemeinsamen Pressecommuniqué heftige Kritik an der Ausgrenzung einer großen Arbeitnehmergruppe von den wichtigen Sozialleistungen. Das bedauert auch die UNEL und kündigt an, mit den Studierendenorganisationen in der Großregion für eine grenzüberschreitende, gerechte Handhabung der Kindergeld- und Studienbeihilfen einzutreten. Nach konkreten Schritten befragt, gibt Nico Fehlen zu verstehen, dass es sich bei diesen Überlegungen um eine „mittelfristige Strategie“ der UNEL handelt. Inhaltlich kann er sich vorstellen, „dass in der Großregion ein Fonds für Studienhilfen geschaffen wird, von dem alle Studierende in gleichem Maß profitieren“. Allerdings sei der Kontakt zu den Kommissionen noch nicht hergestellt - viel Zeit gab's ja auch nicht, um vor der Reform grenzüberschreitende Allianzen zu schmieden. Die UNEL fordert daher eine Verlängerung der Deliberationsphase, in der auch noch geklärt werden könnte, was genau das Gesetz eigentlich bewirken soll.

SHORT NEWS

Wer an einer Genpatent-Grube gräbt ...

Monsanto ist bekannt für seine „bahnbrechenden“ Entwicklungen in Sachen Gentechnik, zum Beispiel das Roundup-Ready-Soja: Die so veränderten Pflanzen sind gegen das ebenfalls von Monsanto produzierte, namensgebende Pestizid resistent und ermöglichen daher eine besonders „effiziente“ Bekämpfung von „Unkräutern“. Monsanto ist auch dafür bekannt, solche Entwicklungen auf aggressive Art patentrechtlich zu schützen. Am vergangenen Dienstag hatte der Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg darüber zu befinden, ob importiertes Mehl aus Gensoja ebenfalls vom EU-Patentschutz abgedeckt ist. Der Konzern setzte darauf, mittels seines europäischen Patents den Import dieses Mehls aus Argentinien, wo Monsanto über kein solches Patent verfügt, verbieten zu lassen. Die gute Nachricht: Das Gericht entschied, der Patentschutz gelte nicht für „totes“ Pflanzenmaterial, und verpasste Monsanto damit einen Dämpfer. Die schlechte: Der Import von argentinischem Gensoja-Mehl in die EU - laut Reuters derzeit im Gegenwert von drei Milliarden Euro - geht weiter.

Vols saisonaux

C'est l'été, la saison des voyages et pour notre ministère de l'immigration ce moment de l'année est l'occasion de renouer avec une de ses chères traditions : la chasse à l'enfant - de préférence avec toute sa famille. Ce mercredi, dix personnes originaires du Kosovo - trois familles avec enfants - ont donc été raflées par les forces de l'ordre et forcées à quitter le territoire. L'Asti s'en est émue dans un communiqué que le ministère n'a pas tardé à confirmer - tout en ajoutant la nuance selon laquelle ces familles étaient informées de l'« offre » du retour volontaire, qu'il organise avec la controversée Organisation Internationale pour les Migrations (OIM). Mais qu'importe ces propositions, quand dans votre pays d'origine le risque de discrimination est bien réel. Surtout quand on sait que ces gens-là n'étaient pas - comme l'a rappelé l'Asti - des criminels, mais plutôt bien intégrés avec contrat de travail et enfants scolarisés. Mais bon, notre ministère semble aussi se foutre de l'avis du Conseil de l'Europe qui, début juin, avait réémis des doutes sur l'intégration des rapatriés au Kosovo et sur le respect des lois anti-discriminatoires. Qu'importe, la chasse est ouverte et la forteresse Europe doit être mise à l'abri de tous ces vauriens parasites.

Jägerföderation: Back to the roots!

Sollten Erziehungsministerin Mady Delvaux-Stehres eines Tages die Reform-Ideen ausgehen, so kann sie sich vertrauensvoll an den neugebackenen Präsidenten der Jägerföderation Georges Jacobs wenden. Der verrät im Editorial der Juni-Nummer der Jägerzeitung sein Geheimrezept für ein erfolgreiches Schulsystem: „Dort [in den skandinavischen Ländern] geht jeder zweite junge Mensch jagen oder fischen. Die Pisa-Studie hat bewiesen, dass diese jungen Menschen die gescheitesten und aufgeschlossensten in der EU sind.“ Dabei geht es wohl darum, das Image der Jagd zu rehabilitieren, denn die Reform des Jagdgesetzes, von Lucien Lux ausgearbeitet und danach in der Schublade verschwunden, soll jetzt doch noch aufgelegt werden. Jacobs argumentiert theoretisch, das Jagen sei tief in der Menschheitsgeschichte verwurzelt, und praktisch, indem er sich auf den Klimaschutz beruft: Statt Rindfleisch aus Argentinien einzufliegen solle man Rehe schießen! Dabei unterschlägt er, dass die Quantitäten an Rind- und Wildfleisch, die in Luxemburg konsumiert werden, in keinem Verhältnis zu dem stehen, was eine konsequente Bejagung an Fleisch erbringen könnte. Zwar versichert Jacobs, er respektiere die Jagdgegner, doch ein paar Zeilen weiter rät er davon ab, mit Leuten, die von der Jagd nichts verstehen, wie dem Staatsrat oder manchen Funktionären, überhaupt zu diskutieren. Zurück zu unseren Wurzeln, liebe Waffenbrüder, und lasst die Flinten sprechen!